

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 16 (1975)
Heft: 20

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Mehrheit ohne Mengen

Das unten zitierte sowjetische Bekenntnis zur Volksmehrheit, die man allerdings ja nicht etwa zahlenmässig auffassen darf, stammt von einem sowjetischen Autor, der auch als Sprecher der internationalen kommunistischen Bewegung auftritt. K. I. Sarodow (Doktor der Geschichtswissenschaften) ist Chefredaktor der Zeitschrift «Probleme des Friedens und des Sozialismus», die nicht nur für die KPdSU spricht, sondern ein Organ der «kommunistischen und Arbeiterparteien» darstellt (wie die schöne adjektivische und Substantivverbindung in der offiziellen deutschen Sprachregelung heisst).

Seinen Beitrag in der sowjetischen Parteizeitung veröffentlichte er zu Ehren einer Broschüre Lenins, die vor 70 Jahren erschien: «Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution». Mit dieser Schrift hatte Lenin die Revolutionstheorie von Marx revidiert (oder «schöpferisch weiterentwickelt»), indem er erstens das Hinüberwachen der bürgerlich-demokratischen Revolution in die sozialistische Revolution zum mehrheitsunabhängigen Obligatorium erklärte und zweitens die absolute Führungsrolle der Arbeiterklasse (vertreten natürlich durch ihre Vorhut, die Partei) verlangte. Zur Gewährleistung der sozialistischen Reformen erhob Lenin die unabdingbare Forderung, dass die revolutionär-demokratische «Diktatur des Proletariats» eingeführt werde, eine Art «Absolutismus des Volkes». (Dabei ist das «Volk» nicht etwa mit der Bevölkerung identisch, sondern mit ihren revolutionären Kräften.)

An den Grundsatzausführungen der «Prawda» zu diesem speziellen Gedenktag Leninscher Theorie sind schon die Umstände bemerkenswert:

Einmal wurde das Jubiläum bewusst nicht zum historisch richtigen Zeitpunkt begangen (Lenins Broschüre war im Juli 1905 in Genf erschienen). Man wartete mit der militanten Gedächtnisfeier solange zu, bis die europäische Sicherheitskon-

ferenz glücklich beendet war. Man war sich in Moskau wohl klar darüber, dass ein solcher Artikel nicht gerade zu den «vertrauenbildenden Massnahmen» gehören würde, von denen im KSZE-Schlussdokument so lieb die Rede ist.

Im weiteren ist der Artikel eine Kampfansage an jene Kommunisten im Westen, die an eine pluralistische Demokratie im Sozialismus zu denken wagen (oder wenigstens vor ihrem eigenen Publikum davon sprechen) und den Sozialismus auf legalem Wege, also via Wahlsieg und Parlamentsmehrheit, einführen wollen. Die Sowjets machen durch die «Prawda» auf jeden Fall klar, was sie von einer solchen undialektisch verstandenen Demokratie halten:

«Die durch die Massen, die ‚von unten‘ aktiv handeln, errichtete revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und des Bauentums wird ihrerseits gewährleistet durch die Unterstützung und Leitung der Massenbewegung ‚von oben‘. Dieser Leninsche Gedanke zerschlägt ganz und gar auch die modischen opportunistischen Konzepte von heute, die dieses Anliegen so darstellen, als dürfe das Proletariat die Macht nur als Ergebnis einer Art von Referendum des gan-

zen Volkes ergreifen, das den Willen der Mehrheit ausdrücken soll.»

Mit dieser Zurechtweisung, die freilich der Leninschen Sinngabe von revolutionärer «Demokratie» tatsächlich entspricht, sind die Sowjets da und dort (vor allem bei der KP Italiens) etwas angestossen, vor allem auch deshalb, weil sie die universale Gültigkeit ihrer Revolutionstheorie betont haben. Allerdings: Wenn man in den betreffenden KP des Westens diese Auffassung für falsch hält, müsste man sich konsequenterweise vom Leninismus lossagen. Sonst ist bis auf weiteres die Annahme berechtigt, dass man sie bloss für inopportun hält.

Aber von den zwischenparteilichen Beziehungen in Theorie und Praxis sogar ganz abgesehen: Auch bloss bezüglich der KPdSU und ihrer erklärter Anhänger wird es dringend nötig einzusehen, was sie eigentlich meinen, wenn sie ein Wort wie «Mehrheit» brauchen. Keine arithmetische, keine zahlenmässige Mehrheit. Also eine Minderheit, sofern es nur ihre Minderheit ist. Und sie schämen sich keineswegs, das zu sagen. Nur wir, wir weigern uns schamhaft, ihre Unverschämtheit zur Kenntnis zu nehmen. j. sz.

«Peking Rundschau», Peking

Die Braunkohleproduktion der DDR

Seit einiger Zeit macht China in seinen Publikationen verstärkt auf die wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnisse in Osteuropa aufmerksam, wobei das Gewicht auf die Rohstoffsituation gelegt ist. Die Warnung vor der Ausbeutung durch die sowjetische Monopolstellung dürfte allerdings weniger an die betreffenden Länder adressiert sein, die ohnehin keine Alternative mehr haben, als vielmehr an Westeuropa. Der Beitrag über ostdeutsche Autarkiebestrebungen und ihre zwangsläufigen Limiten erschien in der «Peking Rundschau», Nr. 30/1975.

Die DDR ergreift Massnahmen zur Förderung der Braunkohleproduktion, um die Brennstoff- und Energieversorgung zu verbessern.

Der Minister für Kohle und Energie, Klaus Siebold, erklärte in einem Referat auf der Kohle- und Energiekonferenz der DDR, die Ende Mai in Leipzig stattfand, dass auch künftig die Rohbraunkohle der wichtigste Energieträger in der Primärenergiebilanz der DDR bleiben werde. Die Braunkohleproduktion werde in der Zukunft kräftig gefördert werden. Bis 1980 werde sie jährlich auf 250 Millionen Tonnen und nach 1980 auf etwa 270 Millionen Tonnen steigen.

Die DDR hat viel Braunkohle, aber wenig sonstige Brennstoffe. Seit langem wird ihr Brennstoffimport von den Sowjetrevisionisten kontrolliert. Es gab eine Zeit, in der die DDR sogar alles Erdgas und 90 Prozent des Erdöls aus der Sowjetunion importieren musste. Die traditionelle Braunkohleproduktion wurde sehr vernachlässigt, woran die Abhängigkeit der DDR von den sowjetischen Brennstofflieferungen schuld war. Die Braunkohleproduktion stagniert seit Ende der sechziger Jahre und ist in den letzten paar Jahren zurückgegangen.

Seit Jahren wälzen die Sowjetrevisionisten durch Reduzierung der Lieferungsquoten von Brennstoffen und Erhöhung der Preise dafür ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf osteuropäische Länder ab. Die DDR ist eines der Opfer. 1973 kamen nur mehr 81 Prozent des von der DDR importierten Erdöls aus der Sowjetunion, gegenüber 90 Prozent im Jahre 1971. Im gleichen Zeit-

raum ging die Koksbelieferung der DDR durch die Sowjetunion sogar um nahezu 20 Prozent zurück.

Ausserdem hat die Sowjetunion ab diesem Jahr die Preise für nach Osteuropa exportierte Roh- und Brennstoffe stark erhöht. Das ist für die Wirtschaft der DDR eine zusätzliche grosse Belastung.

Die Sowjetrevisionisten haben es zur Bedingung für die sowjetischen Rohstofflieferungen gemacht, dass Maschinen, Ausrüstungen und Materialien der DDR für die Rohstofferschliessung in der Sowjetunion eingesetzt werden. Dies erschwert der DDR die Braunkohleförderung.

Gerhard Schürer, der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission der DDR, sagte am 31. März 1975 zu diesem Thema: «Die Investitionsbeteiligung (an der Erschliessung der Rohstoffe in der Sowjetunion) stellt hohe materielle Anforderungen an unsere Wirtschaft. Der grösste Teil der Aufwendungen ist durch konkrete Lieferungen für diese Investitionsobjekte zu leisten. (...) Das sind in vielen Fällen gleiche oder ähnliche Maschinen und Materialien, die wir auch für unsere eigenen Investitionen in steigendem Masse brauchen. Besonders deutlich wird die Problematik am Beispiel der Tagebauausrüstungen. Um unsere eigene Braunkohleförderung zu sichern und die vorgesehenen Neuaufschlüsse auszurüsten, brauchen wir mehr Tagebaugeräte. Tagebauausrüstungen müssen wir aber auch für die Erhöhung der Eisenerzförderung in die UdSSR liefern.»

«Für Lenin und die Leninisten war es immer das erste Gebot der revolutionären Strategie und Taktik, sich auf die Volksmehrheit zu stützen. Die Mehrheit wird jedoch von ihnen nicht arithmetisch aufgefasst, sondern politisch. Es handelt sich um eine revolutionäre Mehrheit, die sich

Zitiert...

nicht aus der Bestellung von gewählten Vertretungsorganen der Macht ergibt, sondern aus den direkten revolutionären Handlungen der Volksmassen, aus ihrer selbständigen politischen Aktivität, die den Rahmen der ‚friedlichen‘ Alltagsnormen sprengt, da diese Normen in Übereinstimmung mit der bürgerlichen Lebensordnung aufgestellt worden sind.»

«Prawda», 6. August 1975

Spielregeln

Als ein Wahrzeichen des überwundenen Kalten Krieges galten seinerzeit die politischen Kriterien, denen man zum Beispiel die internationalen Sportbeziehungen unterwarf. Heute ist diese Methode wieder voll rehabilitiert. Es würde jetzt lediglich noch darum gehen, ihre allseitige Anwendung zu verlangen.

Die Davis-Pokal-Begegnung zwischen Schweden und Chile, die vom 19. bis 21. September in Bastad stattfand und zugunsten Schwedens endete, war von schwedischer Seite schon vor dem Spiel in eine politische Veranstaltung umfunktioniert worden. Eine Unmenge von Drohungen, Schmähungen, Angriffen bekannter Politiker und Demonstrationen überschatteten das Spiel. Die Regierung steuerte zur Unruhe bei, indem sie etwa 1200 Polizisten in den kleinen Badeort (3000 Einwohner) zusammenzog (Kostenpunkt: 5 Millionen Kronen).

Ein «Chilekomitee» führte den politischen Feldzug gegen das Spiel an und ermahnte seine Anhänger, die Kinder zu Hause zu lassen. «Lundagard», die Studentenzeitung in Lund, drohte, der Match werde planmässig gestoppt werden. Erlander, ehemaliger Premier, schloss seine ambivalente Stellungnahme so ab: «Ob der Match nun stattfindet oder nicht, das Ganze hat der Geldsammlung zum Besten der unter der Junta leidenden Chilenen genützt.»

Als die chilenischen Tennisspieler von den «Vorbereitungen» zum Match in Schweden hörten, erklärte ihr Star Fillol, er werde nicht reisen. Das hatte Stockholm nicht erwartet. Es musste kontern. Die Regierung liess plötzlich durchblicken, dass sie den Match nicht haben wolle. Der chilenische Botschafter Svante Törnvall (der von schwedischen Eltern abstammt) wurde ins Aussenamt gebeten und dort «angeschnauzt». Man erklärte ihm, die Chilenen seien nicht willkommen. Der schwedische Tennisverband verhartete dagegen «halstarrig» auf seiner Meinung, der Match müsse in Bastad durchgeführt werden, und ging nicht einmal auf den Plan ein, das Spiel in einem geschlossenen Raum abzuhalten. Der Botschafter nahm den Standpunkt der Regierung zur Kenntnis.

Der Match selber verlief dann ohne Zwischenfälle. Zur selben Zeit empfing die Regierung einige portugiesische Generäle, Vertreter der Junta in Portugal, und besprach mit ihnen die demokratischen Institutionen. Junta ist eben nicht immer Junta!

Demonstriert wurde «diszipliniert», trotz der Teilnahme einer Menge von Rowdies, die das «Chilekomitee» zum Teil mit Sonderfähren aus

Die geflohene tschechoslowakische Tennisspielerin Martina Navratilova wurde von amerikanischen Journalisten darauf aufmerksam gemacht, dass man auch im Westen mit den bestehenden Verhältnissen unzufrieden sei, und gefragt, woran das ihrer Meinung nach denn wohl liege. Sie gab zur Antwort, die Leute hier «wissen nicht zu schätzen, was sie haben, und sie wissen nicht, wie gut es ihnen geht». Ein völlig inakzeptabler Bescheid? Aber wenn man doch immer angibt, den Osten besser verstehen zu wollen: Es wäre ein Anfang, zur Kenntnis zu nehmen, dass man dort unsere Sorgen haben möchte.

Dänemark nach Bastad befördern liess. Für alle Fälle.

Immerhin wurden auch in einigen schwedischen Zeitungen Fragen gestellt: «Was geschieht, wenn die demokratische Welt einmal erwacht und ihre Sportler aus allen diktatorisch regierten Ländern heraushält?» Und: «Weshalb protestiert niemand gegen die Abhaltung der Olympischen Spiele von 1980 in einer Diktatur (UdSSR), die mit der Hitlers verglichen werden kann?» Schliesslich: «Weshalb spielten schwedische Tennisspieler im diesjährigen Davis-Cup-Match in Polen, der Sowjetunion und Spanien?»

Ja, das sind tatsächlich Fragen. Und man kann sie mit der Frage ergänzen, wie man denn Sportler aus diesen Diktaturen bei uns empfangen sollte. Die Frage war früher einmal unzeitgemäss, aber jetzt wird sie wieder aktuell.

Oskar Angelus

Der Buchtip

Hans Rychener: «... und Estland, Lettland, Litauen?» Verlag Lang, Bern 1975. 106 Seiten Text und 9 Seiten Illustrationen.

Einerseits aufgrund persönlicher Beobachtungen und Erlebnisse, andererseits gestützt auf sein sorgfältiges Studium der auffindbaren dokumentarischen Unterlagen hat Rychener sein Buch verfasst. Er schildert zunächst die Entstehung der drei baltischen Staaten und die glückliche Periode ihrer Selbstverwaltung. Dann geht er daran, aufzuzeigen, wie sie durch die zeitweise verbündeten Mächte von Sowjetsozialismus und Nationalsozialismus nicht nur ihre Selbstständigkeit, sondern weitgehend auch ihr Selbstverständnis verloren haben.

Jetzt, da die Koexistenz-Euphorie nach der KSZE-Vorstellung neuen Auftrieb erhalten hat und der Glaube genährt wird, in Europa sei alles in bester Ordnung, ist es um so nötiger, daran zu erinnern, dass Hitlers «Neuordnung Europas» in ihrem sowjetischen Erbe immer noch unbewältigte Gegenwart ist. *mk*

Hans Jörg Sandkühler (Herausgeber): «Marxistische Erkenntnistheorie. Texte zu ihrem Forschungsstand in den sozialistischen Ländern». Verlag Frommann und Holzboog, Stuttgart 1973. 281 Seiten.

Der Sammelband umfasst Beiträge aus der UdSSR, aus Ungarn, der CSSR und der DDR zum Studium der materialistischen Dialektik auf dem Gebiet der marxistisch-leninistischen Erkenntnistheorie und der dialektischen Logik. Sie behandeln folgende Themen: Erkenntnis als Widerspiegelung und sozialer Prozess, der objektive, ideologische und historische Charakter der Erkenntnis, die Aktualität der dialektischen Erkenntnistheorie und das dialektische Logik-System von Dialektik, Logik und Erkenntnistheorie. Den Aufsätzen ist eine Bibliographie angeschlossen.

Der Herausgeber will mit diesem Buch eine Information über den heutigen Forschungsstand dieser Fachgebiete in den sozialistischen Ländern vermitteln. Für Fachleute ist diese keineswegs aus freier Forschung kommende Apologie des kommunistischen Machtsystems sicher von Interesse; kritische Analyse erübrigt sich allerdings in keiner Weise. *ku*

CIA war schuld am Stalin-Terror

Im Westen ist es zu einem publizistischen Gebot geworden, den amerikanischen Geheimdienst (CIA) in allen Massenmedien zu entlarven und anzugreifen. Ein artiges Produkt dieses gesellschaftlichen Obligatoriums ist das Buch von Stewart Steven: «Sprengsatz. Die Operation Splinter Factor der CIA» (Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1975, 216 Seiten).

Der Autor versucht vornehmlich durch Halbwahrheiten den «Beweis» zu erbringen, dass Allan Dulles, CIA-Chef zur Zeit des Kalten Krieges, durch «geschickte Manipulation» eines polnischen Sicherheitsoffiziers und eines amerikanischen kommunistischen Agenten den sowjetischen Diktator Stalin erst zur Annahme gebracht habe, eine ganze Reihe führender Politiker der Ostblockstaaten unterstütze eine proamerikanische Verschwörung. Und aus diesem Grunde ist es dann, so Steven, zwischen 1948 und 1952 in Osteuropa zu den grossen und blutigen Säuberungen gekommen.

Die Annahme ist wirklich niedriglich, dass Stalin durch Dulles oder durch zwei seiner Agenten dazu inspiriert werden musste, seine sowjetischen Säuberungen vor dem Krieg nach gleichem Muster auch in Osteuropa durchzuführen. Wie immer es mit dem Wissen des Autors über die amerikanische Geheimdienstgeschichte bestellt sein mag, die sowjetische Geschichte und Parteigeschichte kennt er anscheinend nicht.

Hierbei geht es noch gar nicht um die allfälligen Absichten von Dulles und dem amerikanischen Geheimdienst in der fraglichen Periode. Auch wenn man sie im Sinne des Autors als gegeben annimmt, ist es einfach ein Verhältnisblödsinn, ihnen eine solche Wirkung zuzutrauen. Stalin war für seine immer wieder erprobte Herrschaftsspezialität wahrhaftig nicht auf amerikanische Inspirationen angewiesen. So ist die Buch-These eine politische Legende, die zu den historischen Proportionen ein groteskes Verhältnis hat. *gp*

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar+Leihkasse Bern 153 400 50, Deutsche Bank Frankfurt a. M. 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder

Abonnementspreise

Fr. 30.- jährlich (Ausland Fr. 33.-, DM 30.-)

Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-

(Ausland Fr. 22.-, DM 20.-)

Halbjahr Fr. 16.- (Ausland Fr. 17.-, DM 16.-)

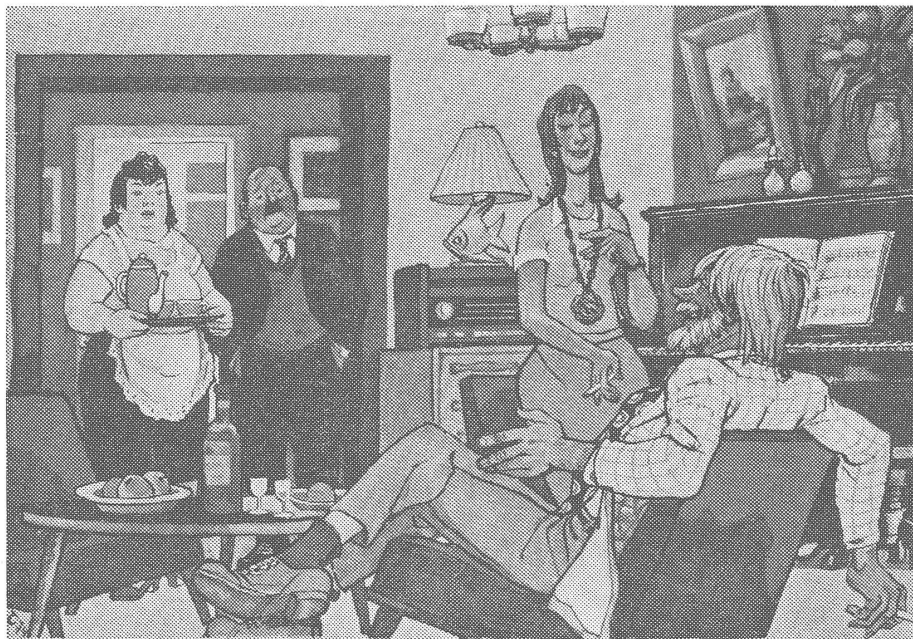
Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.-, DM 1,50)



— Вот и помощник подрос...
Рисунок Ю. УЗБЕКОВА

Der Helfer beim Fegen. (Nr. 31/1974)

«Krokodil», Moskau



Bratschou: «Die Mama ist eine rechte Hausfrau, der Papa ist soweit gescheit, die Wohnung hat Platz: Schön, ich nehme also die Braut.» (Nr. 10/1974)

Als Charakterisierung einer gewissen Einstellung so beliebig auf beliebige andere Länder übertragbar, dass sie eigentlich im Westen nur jene Leute mit gehobener gesellschaftskritischer Einstellung stören müsste, die genau diese angeprangerte Mentalität einzig und allein als Folge unserer bourgeoisen Gesellschaftsordnung verstehen können. Aber von der beabsichtigten Aussage der Karikatur mal abgesehen: Ein bestimmtes Element dabei ist nicht ohne weiteres übertragbar. Der sowjetische Witz geht nämlich von der als bekannt empfundenen selbstverständlichen Voraussetzung aus, dass das junge Paar in der elterlichen Wohnung zu leben haben wird. Die komische Mentalität hat also bei diesem Aspekt etwas mit den Zwängen der materiellen Basis zu tun. Ja, wenn man die Auffassung, dass das Bewusstsein vom Sein bestimmt wird, konsequent auf jede Gesellschaftsordnung übertragen wollte...

Nettbürgerliche Betrachtungen zum Thema

Jugend und Tugend



«Was hast du denn zu meinem Bräutigam gesagt?»
– «Nun, dass ich pensioniert werde.» (Nr. 30/1974)



Das maximale Mini: «Du, Papa, mir jedenfalls passt dein neuer Hut.» (Nr. 25/1974)